

RECHENSCHAFTSBERICHT DES VERWALTUNGSGERICHTES ÜBER DIE
JAHRE 2005 UND 2006

BERICHT UND ANTRAG DER JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION

VOM 21. MAI 2007

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Justizprüfungskommission hat am 21. Mai 2007 in Anwesenheit von Verwaltungsgerichtspräsident Peter Bellwald und Kanzleivorsteher Aldo Elsener, der das Protokoll führte, den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichtes für die Jahre 2005 und 2006 beraten. Wie üblich hat zuvor eine Delegation der Justizprüfungskommission (Karin Andenmatten und Andreas Huwyler) die Berichtsperiode anlässlich einer Visitation besprochen.

1. ALLGEMEINES

Wie bereits im letzten Rechenschaftsbericht für die Jahre 2003 und 2004 festgestellt, hat sich die Geschäftslast am Verwaltungsgericht weitgehend normalisiert. Diesbezüglich hat sich erfreulicherweise auch in der Berichtsperiode 2005 und 2006 keine gravierende Änderung ergeben. Wenn auch die Pendenzen per Ende 2005 auf 183 (Vorjahr: 137) und per Ende 2006 auf 205 angestiegen sind, so kann dies im Vergleich mit dem Höchststand per Ende 1997 von 442 Pendenzen als vertretbar betrachtet werden.

Die Zahl der Neueingänge bewegte sich mit 400 für das Jahr 2005 resp. 381 für das Jahr 2006 im Rahmen der Vorjahre. Die Zahl der Erledigungen bewegte sich mit 354 für das Jahr 2005 resp. 359 für das Jahr 2006 eher am unteren Rand des mehrjährigen Durchschnittes. Dies ist vor allem darin begründet, dass wegen der Einführung des Einspracheverfahrens im Sozialversicherungsrecht kaum mehr einfache Fälle

zur Beurteilung an das Verwaltungsgericht gelangen und dementsprechend die Komplexität der zu beurteilenden Fälle höher geworden ist.

Betreffend Dauer der Verfahren kann festgehalten werden, dass von den 2005 erledigten Fällen 10% länger als ein Jahr dauerten, im Jahr 2006 waren es 15%. Sehr lange Verfahrensdauern kommen nur ganz vereinzelt vor und lassen sich mit Umständen begründen, die nicht im Einflussbereich des Gerichtes liegen.

Die Anzahl der an das Bundesgericht weiter gezogenen Fälle bewegt sich mit 58 für das Jahr 2005 (bei 330 beurteilten Fällen) resp. 51 für das Jahr 2006 (bei 354 beurteilten Fällen) im Rahmen der Vorjahre. Im Jahr 2005 hat das Bundesgericht 6 weitergezogene Fälle gutgeheissen. Verglichen mit den durchschnittlich vom Verwaltungsgericht pro Jahr beurteilten Fälle macht dies weniger als 2% aus.

Nach wie vor geht das Verwaltungsgericht mit den personellen Ressourcen häuslicher um. Per Ende 2006 sind von den 7.5 bewilligten Stellen nur 6 besetzt.

2. GESCHÄFTSGANG NACH SACHGEBIETEN

In der verwaltungsrechtlichen Kammer ist ein deutlicher Rückgang der Neueingänge zu verzeichnen. Obwohl der Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Ausschaffungshaft) rückläufig ist, machen diese Fälle immer noch fast die Hälfte aller Fälle in dieser Kammer aus. Ebenfalls eher rückläufig sind die Bereiche Submissionsrecht und Administrativmassnahmen im Strassenverkehrsrecht. Die Anzahl der Beschwerden im Bau- und Planungsrecht sowie diejenigen in der 4. Kammer (Fürsorgerische Freiheitsentziehung und Zwangsmassnahmen im Gesundheitswesen) entsprechen den langjährigen Mittelwerten. Langsam aber stetig nehmen die Beschwerden in der abgaberechtlichen Kammer zu. Die deutlichste Zunahme von Eingängen ist in der sozialversicherungsrechtlichen Kammer zu verzeichnen. Dies kann indes darauf zurückgeführt werden, dass aufgrund der bundesrechtlichen Einführung des Einspracheverfahrens (neuer ATSG) in den Vorjahren ein vorübergehender Rückgang dieser Verfahren zu verzeichnen war.

3. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Das Verwaltungsgericht ist – wie auch in den Vorjahren festgestellt – ein kompaktes, effizientes und gut funktionierendes Gericht. Die anhängigen Verfahren werden innert angemessener Frist und sachgerecht erledigt. Es bestehen auch keinerlei personelle Probleme.

4. ANTRAG

Die Justizprüfungskommission **b e a n t r a g t**,

- den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichtes über die Jahre 2005 und 2006 zu genehmigen
- den Richterinnen und Richtern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verwaltungsgerichts den Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Zug, 21. Mai 2007

Mit vorzüglicher Hochachtung

IM NAMEN DER JUSTIZPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Präsident: Andreas Huwyler